

## **Wir wollen ein anderes Deutschland**

---

Prof. Dr. Lothar Bisky, geb. 1941 in Zolibrück/Hinterpommern, ist Vorsitzender der PDS und Fraktionsvorsitzender der PDS/Linke Liste im brandenburgischen Landtag.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer Krise. Umbrüche auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sind in vollem Gange. Neue technologische Entwicklungen, die Verschärfung der globalen Probleme, die ökologische Krise, die wichtiger werdende Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Tendenzen und nationalistischem Gedankengut und nicht zuletzt der Zusammenbruch des Realsozialismus sind verbunden mit einer Neubestimmung der Positionen der verschiedenen politischen und sozialen Gruppierungen in der Gesellschaft. Die Antworten, die die verschiedenen gesellschaftspolitischen Kräfte auf die Herausforderungen formulieren, sind sehr unterschiedlich.

Die Suche nach neuen Antworten fand in den vergangenen Jahren ihren deutlichsten Ausdruck in der Standortdebatte. Mit dem Standortsicherungsbericht vom September 1993 hat die Bundesregierung ein Konzept vorgelegt, das aus ihrer Sicht Leitlinie für den seit langer Zeit angestrebten gesellschaftspolitischen Kurswechsel sein soll. Die Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses ist in diesem Kontext erst der Anfang tiefgreifender Veränderungen. Die Unterrichtungen der Bundesregierung über die Deregulierungsmaßnahmen sowie zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom April bzw. Juni 1994 bestätigen dies nachhaltig. Wir sind der Auffassung, daß die offensichtlichen Probleme in der Wirtschafts- und Sozialpolitik - Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, Verschuldung der öffentlichen Hand, wachsende Armut - nicht einfach Ergebnis der Unfähigkeit der Regierung sind, sie zu lösen. Vielmehr werden diese gesellschaftlichen Erscheinungen bewußt genutzt, um die Absage an den sozialstaatlichen Kompromiß zu zementieren und die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nachhaltig zugunsten der Regierungsbürokratie und der Unternehmerschaft zu verschieben.

Mit der Durchsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes ist es erstmals gelungen, das Prinzip der solidarischen Finanzierung sozialer Leistungen offen zu durchbrechen. Das am 1. August 1994 in Kraft getretene Beschäftigungsgesetz '94 stellt nach der 10. AFG-Novelle Ende 1992 und den Spargesetzen 1993 einen weiteren Einschnitt in das soziale Gefüge der Bundesrepublik dar und setzt den Kurs der Deregulierung und der Vernichtung sozialer Standards fort. Mit den erneuten Eingriffen in das Arbeitsförderungsgesetz werden beschäftigungspolitische Maßnahmen weiter ausgehöhlt, Sozialrechte abgebaut, die Tarifautonomie unterlaufen und die Vernichtung regulärer Arbeitsverhältnisse vorangetrieben.

Auch diejenigen, die noch Arbeit haben, werden durch die gegenwärtige Regierungspolitik verunglückt: Als zu „faul“ und zu „teuer“ sind sie es, die angeblich die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefährden. Kohls „kollektiver Freizeitpark“ war nur der Anfang einer Kampagne für Null-Runden bei den Tarifauseinandersetzungen, für die Senkung der Lohnnebenkosten, die Verlängerung der wöchentlichen und der Lebensarbeitszeit und die Kürzung des Jahresurlaubs. Dies alles, obwohl es Millionen Menschen gibt, die krank werden, weil sie zuviel arbeiten müssen, weil Hetze und Dauerbelastung ihre Gesundheit verschleifen, und viele vor Eintritt ins Rentenalter sterben oder vorzeitig zur Erwerbsunfähigkeit verurteilt sind.

Auch der Vorwurf überhöhter Lohnforderungen ist eine Chimäre. Ein Blick in die Statistiken zeigt, daß der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen in der Regierungszeit von Bundeskanzler Kohl um 10 Prozent gesunken ist, während im gleichen Zeitraum die Unternehmereinkommen und die Einkommen aus Vermögen um das 2,1fache angestiegen sind. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sind also gesunken und nehmen im internationalen Vergleich gerade mal einen Mittelplatz ein. Die Gewinne der Unternehmer sind dagegen zwischen 1980 und 1992 tatsächlich explodiert, sie stiegen von 260 Mrd. auf 569 Mrd. DM. Laut Bericht der Bundesbank verfügten die westdeutschen Produktionsunternehmer Ende 1990 über liquide oder zumindest rasch mobilisierbare Geldanlagen bei Banken in Höhe von 670 Mrd. DM. Dieser Betrag entsprach damals dem zweieinhalbfachen ihrer Anlageinvestitionen im Durchschnitt der letzten drei Jahre. 1992 registrierte die Bundesbank sogar ein Liquiditätspolster westdeutscher Unternehmer von 800 Mrd. DM. Die Nettomvestitionen hielten mit dieser Entwicklung allerdings nicht Schritt, sie erhöhten sich im selben Zeitraum nur geringfügig von 125 Mrd. auf 192 Mrd. DM. Ein Großteil der Gewinne wird also nicht in produktive Investitionen, sondern in Geldvermögen angelegt oder ins Ausland transferiert. Einen Teil der Milliardenbeträge legen Konzerne, Banken und reiche Privathaushalte auch in ausländischen Kapitalmarktanleihen an. So stiegen z. B. die ausländischen Wertpapieranlagen bundesdeutscher Unternehmer von rund 28 Mrd. in 1980 auf 281 Mrd. DM in 1991 an, die Direktinvestitionen von 46 Mrd. auf rund 181 Mrd. DM. Die ausländischen Wertpapieranlagen bundesdeutscher Banken erhöhten sich von 11 Mrd. auf rund 48 Mrd. DM in 1991.

Diese Zahlen machen deutlich, daß es sich für Unternehmer und Vermögende offensichtlich mehr lohnt, mit den erzielten Gewinnen auf dem internationalen Kapitalmarkt zu spekulieren, als das Geld in Produktionsanlagen zu investieren. Auch dafür ist die Politik der Bundesregierung verantwortlich. Durch eine Steuerpolitik zugunsten der Kapitalbesitzer und rigiden Einschränkungen bei Sozialleistungen hat sie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben weiter vorangetrieben. Die Bundesrepublik ist ein Steuerparadies für Milliardäre, durch das bestehende Abgaben- und Steuersystem werden sie eindeutig bevorzugt. So hat der Bund der Steuerzahler

z. B. errechnet, daß Durchschnittseinkommen von 48 000 DM im Jahr 1994 mit Mehrbelastungen gegenüber dem Vorjahr durch Sozialabgaben und Steuern in Höhe von mehr als 1100 DM rechnen müssen - Mietsteigerungen sind dabei nicht eingerechnet. Großkonzerne wie Daimler-Benz, BMW oder VW zahlen dagegen aufgrund der Ausnutzung aller Steuerregeln fast überhaupt keine Ertragssteuern mehr.

Das Steuerrecht ist aber nicht nur ungerecht, sondern auch kompliziert und unüberschaubar. Derzeit werden 38 Steuern und 22 Quasisteuern erhoben, hinzu kommen eine Unzahl von Änderungen. Allein das Einkommensteuergesetz ist in den letzten zehn Jahren 64mal geändert worden. Die Kompliziertheit des Steuerrechts führt nach Einschätzung des Bundes der Steuerzahler dazu, daß viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dem Finanzamt förmlich Geld „schenken“, jährlich etwa eine Milliarde DM. Dies steht allerdings in keinem Verhältnis zu den 130 bis 150 Mrd. DM, die nach Angaben des Bundes der Steuerzahler den öffentlichen Staatskassen jährlich durch Steuerhinterziehung der Großverdiener vorenthalten werden. Wer sich also einen Steuerberater leisten kann, bedient sich zu Lasten des Steuersäckels. Steuerhinterziehung durch Unternehmer bleibt faktisch ungeahndet, weil Betriebsprüfungen immer seltener stattfinden. Kleinbetriebe werden aus Personalmangel jetzt nur noch alle 31 Jahre geprüft. Dabei könnte der zusätzliche Personalbedarf in den Finanzämtern kostenneutral sein, weil allein 1991 durch Betriebsprüfungen Steuermehreinnahmen von 14 Mrd. DM gesichert werden konnten. Was recht ist, um jeder zuviel gezahlten DM bei Beziehern von Arbeitslosenhilfe hinterherzuschnüffeln, sollte dort, wo es um Milliarden geht, billig sein. Während in der Bundesrepublik einerseits bei wenigen viel Geld angehäuft wurde und Zinseinkommen rasant ansteigen, nehmen die Einkommen der großen Masse der Geringverdienenden und der Sozialleistungsbezieher weiter ab. Dies wirkt sich unmittelbar als Kaufkraftverlust aus. Der damit verbundene Nachfrageausfall wirkt wirtschaftlich kontraproduktiv und beschleunigt die Abwärtsspirale.

#### Wende ist nötig - doch wohin?

Die Zulassung privater Arbeitsvermittlung ist ein weiterer Schritt zur Demontage der solidarischen Arbeitslosenversicherung, die ja bereits durch Leistungseinschränkungen in ihren ohnehin geringen Möglichkeiten zur Verhinderung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit beschnitten wurde. Das Ziel ist offensichtlich die Unterwerfung des Arbeitsmarktes ausschließlich unter die Interessen der Unternehmer. Das ist eine Politik, die in ihrem Kern auf Scheinlösungen setzt, die die Gesellschaft immer mehr in eine Sackgasse treiben. Es wird versucht, die offensichtlichen Widersprüche zwischen Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik auf eine Weise zu lösen, daß Macht, Besitzstände und Lebensweise der Spitzen von Regierungsbükratie und Wirtschaft unangetastet bleiben. Eine solche Variante gesellschaftlicher Entwicklung ist nur möglich, wenn gewerkschaftliche Solidarität gebrochen wird und die Lösungsmuster von sozialen Konflikten nach Art des sozialstaatlichen

Kompromisses durch offene oder verdeckte Formen ökonomischen und politischen Druckes ersetzt werden. Die Forderungen nach Privatisierung der Daseinsvorsorge und Leistungsabbau, die Versuche, die Tarifautonomie auszuhöhlen oder auch die zunehmende Belastung der selbstverwalteten Sozialversicherungen mit Repressionsfunktionen gegenüber Leistungsempfängern sind deutliche Indizien für derartige Tendenzen.

Auch die PDS erkennt an, daß grundsätzliche Veränderungen in diesem Lande nötig sind. Die bloße Beibehaltung von Strukturen in Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Niveau der siebziger oder achtziger Jahre würde unter den heutigen Bedingungen in eine Sackgasse führen. Zudem ist mit der deutschen Einheit eine neue Bundesrepublik entstanden, die sich in wichtigen Punkten von der des Jahres 1989 unterscheidet. Wenn der PDS vorgeworfen wird, sie sei nicht am Vorankommen der Bundesrepublik auf diesem oder auf dem von der CDU/CSU/F.D.P. vorgezeichneten Wege interessiert, ist dies allerdings zutreffend: Einen derartig gestalteten Standort Deutschland will die PDS nicht. Im Bundestagswahlprogramm heißt es dazu: „Wir wollen ein anderes Deutschland, eine demokratische, soziale, zivile, ökologische und anti-rassistische Erneuerung der BRD. Wir wollen die Überwindung der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit und aller Formen der Diskriminierung in diesem Land. Für diese Ziele werden wir nicht zuletzt im Bundestag wirken.“

Die Durchsetzung dieser Zielstellung bedeutet für uns vor allem, dafür zu wirken, daß den gestalterischen, demokratischen Potentialen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Spielraum gegeben wird, daß Politik den Menschen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, zur Erkenntnis, Artikulation und Durchsetzung eigener Interessen gibt. Dieses übergreifende Verständnis von Politik bestimmt das Handeln der PDS jenseits von allen Diskussionen über Parlamentssitze, über die Tolerierung dieser oder jener Regierung oder über die Zusammenarbeit mit diesen oder jenen politischen bzw. gesellschaftlichen Gruppierungen. Auch das Verhältnis der PDS zu den Gewerkschaften wird davon bestimmt: Weder ist die PDS der verlängerte Arm der Gewerkschaften im Parlament, noch betrachtet sie sich als Lehrmeister oder Ordnungsmacht gegenüber Gewerkschaften oder anderen Initiativen von abhängig Beschäftigten inner- oder außerhalb der Gewerkschaften. Wir achten die eigenständige Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft, erwarten aber gleichzeitig auch von den Gewerkschaften Achtung unserer Rolle, frei von ideologischen Scheuklappen und Interessen dieser oder jener Parteien, mit denen sich Gewerkschaftsfunktionäre verbunden fühlen mögen.

Dieser Ansatz macht auch deutlich, daß es uns nicht darum geht, die DDR wiedererstehen zu lassen. Die PDS ist bestrebt, Erfahrungen aus 40 Jahren DDR und 40 Jahren BRD (alt) aufzunehmen und auf dieser Grundlage eigene alternative Politik unter radikal gewandelten Bedingungen zu entwickeln. Der Vorwurf eines ostdeutschen Separatismus und Populismus entbehrt bei Kenntnis der tatsächlichen Positionen und der Vorschläge der PDS jeglicher Realität. Natürlich gibt es spezifisch ostdeutsche Probleme - gelöst werden

können diese aber nur im Rahmen gesellschaftlicher Veränderungen im gesamtdeutschen Rahmen. Dabei gruppieren sich unsere Konzeptionen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet um drei Kernbereiche:

- die Forderung nach einer grundlegenden Wende in der Wirtschaftspolitik hin zu einer aktiven umwelt- und beschäftigungsorientierten Strukturpolitik,
- den Umbau des Sozialsystems auf der Basis einer sozialen Grundsicherung,
- die Durchsetzung tiefgreifender Demokratisierungsprozesse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

#### Massenarbeitslosigkeit und Wege ihrer Bekämpfung - Schlüssel Fragen für die Gestaltung der Zukunft

Die Massenarbeitslosigkeit ist das gesellschaftspolitische Schlüsselproblem der Gegenwart. Ihre Bewertung, die Vorschläge zu ihrer Bekämpfung und zur Bewältigung ihrer Folgen sowie die Verbindung dieser mit anderen wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Fragen unterscheidet die verschiedenen politischen Gruppierungen grundlegend voneinander.

Die Entwicklung in den achtziger und neunziger Jahren hat gezeigt, daß verbesserte Ertragskraft der Unternehmen und sinkende Lohnkosten allein keinesfalls Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze sichern können. Der angekündigte Aufschwung wird an dieser Situation nichts ändern, auch noch 1995 werden Massenentlassungen in den industriellen Kernbereichen wie der Stahl- und Elektroindustrie, im Bergbau und Maschinenbau erwartet. Unter diesen Bedingungen müssen Wege erschlossen werden, um auf effektive Weise Arbeit, und zwar tariflich abgesicherte, human gestaltete, sozial und ökologisch verträgliche Arbeit, zu fördern. Das Hauptanliegen der PDS ist es, die Massenarbeitslosigkeit durch Förderung von sozial und ökologisch verträglicher Arbeit zu beseitigen und soziale Sicherheit zu garantieren. Wir gehen nicht davon aus, daß dieser Gesellschaft die Arbeit ausgeht, wir glauben aber, daß wir es mit einer Strukturveränderung der Arbeitsgesellschaft zu tun haben, wobei es darauf ankommt, ganz andere gesellschaftlich anerkannte Formen der Arbeit zu entwickeln.

Einer der wichtigsten Schritte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist nach Auffassung der PDS die Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung, neue, tariflich abgesicherte Arbeitszeitmodelle und flexiblere Arbeitszeitgestaltung, verbunden mit Überlegungen zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit muß die Arbeit neu und gerechter verteilt werden. Allein durch die gesetzliche Begrenzung der Überstunden und die finanzielle Unterstützung eines sofortigen Übergangs zur 35-Stunden-Woche könnten zwei Millionen Arbeitsplätze entstehen. Nach unserer Auffassung müßte dabei grundsätzlich von einem vollen Lohnausgleich ausgegangen werden, wobei jedoch mindestens bei drastischen Arbeitszeitverkürzungen unter die 35-Stunden-Marke Beschäftigte mit unterdurchschnittlichem Einkommen einen vollen Lohnausgleich erhalten. Lohnsubventionierungen durch den Staat wären an dieser Stelle immer noch billiger als die Bezahlung von Arbeitslosigkeit.

### Wirtschaftspolitische Wende erreichen

Die Situation verlangt eine Wirtschaftspolitik, die langfristig Arbeitsplätze sichert. Staatliche Industriepolitik muß einhergehen mit einer Rahmenplanung, die aktive Angebote zur Schaffung von Arbeitsplätzen unterbreitet. Nur auf einer solchen Grundlage ist sozialer und ökologischer Umbau der Wirtschaft und der Verkehrssysteme möglich. Insbesondere diese Gebiete sind es, in denen Innovationen staatlich gefördert werden sollten. Die PDS hat einen entsprechenden Antrag „Arbeit in Deutschland“ in den Bundestag eingebracht, der von allen anderen dort vertretenen Parteien abgelehnt wurde. Die Sicherung und Wiederherstellung einer lebensfähigen Umwelt, die Beseitigung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot, eine entschiedene Konversion, eine radikale Wende in der Verkehrspolitik und anderes mehr erfordern eine Vielzahl neuer bzw. neuartiger Arbeitsplätze. Die Lösung dieser drängenden Fragen sollte auch durch die Entwicklung eines öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Beschäftigungssektors angegangen werden. Das schließt für uns die Förderung alternativer Produktions- und Lebensweisen, Selbsthilfegruppen, Sozialbetriebe und Genossenschaften ein.

So könnten anstelle des Prestigeprojektes Transrapid, das unter anderem wegen der fehlenden Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern kein Problem löst, mit den veranschlagten 15 Milliarden DM im öffentlichen Beschäftigungssektor eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Das bedeutet aber auch, daß gerade unter dem Aspekt einer langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen die Wende in der Wirtschaftspolitik untrennbar mit einer ökologischen und sozialpolitischen Wende verbunden sein muß. In Deutschland, wo nach Meinung der Regierenden angeblich die beste Umweltgesetzgebung in Kraft ist, geht die Umweltzerstörung ungebrochen weiter. Zwar wurden in einigen Teilbereichen Entlastungen erreicht, doch die Grundprobleme der extensiven Nutzung und Vergeudung von Naturressourcen sind ungelöst geblieben und haben sich weiter verschärft. Die zunehmende Belastung durch Abfallberge und eine ökologisch unverträgliche Verkehrspraxis sowie die Gefährdung der gesamten Natur durch die Nutzung der Atomenergie gehen unvermindert weiter. Maßnahmen, wie der Einbau von Dreiwegekatalysatoren, die besonders in der Autowirtschaft diskutierte Umstellung auf Elektroautos und die Einführung des Grünen Punktes bleiben Einzelmaßnahmen, die ohne Einbeziehung in verknüpfende Konzepte in der ökologischen Gesamtbilanz wirkungslos bleiben.

Die Verkehrssituation ist durch das seit Jahren bekannte Bild gekennzeichnet: Vorrang hat der Straßenverkehr, der die hohe Schadstoffbelastung mitverursacht, zu einem großen Anteil der Bodenversiegelung führt sowie die starke Zerschneidung von Lebensräumen bedingt. Die PDS setzt sich für eine Verkehrspolitik ein, bei der die Priorität des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs festgelegt wird. Nicht mit Einzelmaßnahmen, sondern mit zeitlich und regional aufeinander abgestimmten Maßnahmen, die Teil eines integrierten und übergreifenden Gesamtverkehrskonzeptes sein müssen, soll der moto-

risierte Individualverkehr bei einer hohen Attraktivität des Bahn- und Busverkehrs zurückentwickelt werden. Besonders im Verkehrsbereich wird aber deutlich, daß ein ökologischer Umbau der Gesellschaft mit neuen sozialen Qualitäten verbunden sein muß. Das betrifft alle Fragen, die mit einer ökologischen Konversion eines der verflechtungsintensivsten Zweige der Volkswirtschaft, der Automobilproduktion, zusammenhängen, die mit Wirkungen von ökologisch motivierten Kraftstoffpreiserhöhungen verbunden sind, oder das Konsumverhalten generell betreffen. Mit amputierten Arbeitsämtern, einem deregulierten Arbeitsmarkt, mit aberwitzigen Mobilitätsforderungen und gegen Null gesetzten Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern und von Belegschaften bei Entscheidungen über Bau- und andere Investitionsvorhaben ist ein ökologischer Umbau auf demokratischem und rechtsstaatlichem Wege unmöglich. Exemplarisches Beispiel ist der Versuch, ökologische Sanierungsarbeiten über ABM zu für die Arbeitslosen ungünstigen Konditionen zu subventionieren.

#### Soziale Infrastruktur stärken - unentgeltlich geleistete Arbeit anerkennen

Die PDS fordert einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der bezahlte Arbeit in all jenen Bereichen schafft, die keinen Mehrwert schöpfen, nur schwer rationalisierbar sind, aber dringend der gesellschaftlichen Verantwortung bedürfen. So können im Bereich Bildung, Kultur, künstlerischer Arbeit, Gemeinwesen- und Beziehungsarbeit bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten in erheblicher Größenordnung geschaffen werden. Wir sind in diesem Zusammenhang auch der Auffassung, daß dieses Land im Interesse seiner Zukunftsfähigkeit darauf angewiesen ist, endlich die vorrangig von Frauen in den Bereichen Familie, Kindererziehung und Pflege sowie andere unbezahlt geleistete Arbeit im Rahmen einer sozialen Grundsicherung bzw. eines steuerfinanzierten Pflegeleistungsgesetzes als der klassischen Erwerbsarbeit gleichgestellt anzuerkennen. Damit würden sich die Chancen großer Personengruppen auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Förderwegen im Rahmen eines allerdings reformbedürftigen Arbeitsförderungsgesetzes entscheidend verbessern. Zudem würden damit Ausgangspunkte für den dringend notwendigen sozialen, ökologischen und kulturellen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweise geschaffen. Allein die Anerkennung der gesellschaftlich notwendigen, in den Haushalten heute unentgeltlich geleisteten Pflegearbeit als bezahlte Arbeit, könnte mindestens einer Millionen Menschen zu einem regulären Arbeitsverhältnis verhelfen.

#### Lösungen ohne tiefgreifende Demokratisierung unmöglich

Ein ganz wesentliches Element bei der Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Krise sehen wir in der Erweiterung der gesellschaftlichen und betrieblichen Demokratie. Das Maß an Demokratiezuwachs bestimmt wesentlich den Charakter der betrieblichen und gesellschaftlichen Innovationsprozesse, entscheidet darüber, ob die Beschäftigungskrise durch Ausweitung un- bzw. wenig geschützter oder regulärer Arbeitsverhält-

nisse gelöst wird, ob neue Technologien die Konkurrenz um Arbeit verstärken, oder freiwerdende Arbeitskräfte schnell in anderen Bereichen Arbeit finden. Reale Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften bei allen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entscheidungen sind unseres Erachtens unabdingbares Element einer Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Die PDS hat einen entsprechenden Vorschlag zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. Das gleiche gilt auch für den Ausbau der in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit angelegten demokratischen Elemente.

### Soziale Sicherheit durch soziale Grundsicherung

Die hier umrissenen Vorstellungen zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit müssen ihre Entsprechung in der Gestaltung des Sozialsystems finden. Ein derartiges Sozialsystem muß zwei Aufgaben lösen. Es muß nicht nur geeignet sein, auf die gegebene Krisensituation zu reagieren und diese zu entschärfen, sondern auch zukunftsorientiert sein, d. h. eigenständigen gesellschaftlichen Werten zum Durchbruch verhelfen.

Dem Sozialabbau durch die Bundesregierung, der sich in tagtäglichen Horrormeldungen manifestiert und der immer mehr soziale Unsicherheit und Armut im reichen Deutschland hervorbringt, setzt die PDS ein umfassendes Konzept sozialer Grundsicherung entgegen. Im Mai 1993 in den Bundestag eingebracht, stieß es in der parlamentarischen Debatte auf wenig Gegenliebe. Auch wenn es immer Kostengesichtspunkte waren, die gegen das Konzept ins Feld geführt wurden - tatsächlich ging es darum, daß hier eine Alternative zum Regierungskurs zur Diskussion stand.

Wir betrachten die soziale Grundsicherung als Ausgleich für die Unfähigkeit der Gesellschaft, Menschen eine bezahlte Arbeit zur Verfügung zu stellen, die ihnen eine eigenständige Lebensgestaltung ermöglicht. Sie knüpft in dieser Hinsicht an im bundesdeutschen Sozialrecht vorhandene Elemente an. Gleichzeitig soll sie den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Arbeitsleben stehen oder die dazu aus gesundheitlichen Gründen nie in der Lage waren bzw. sind, ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Durch die Weiterentwicklung des selbstverwalteten Sozialversicherungssystems und seine Ergänzung um steuerfinanzierte Elemente soll erreicht werden, daß Sozialpolitik in zunehmendem Maße eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Armut und Armutsprävention spielen kann. Durch die Höhe der Grundsicherung, 50 Prozent des jeweils aktuellen Durchschnittseinkommens, soll dafür eine Grundlage geschaffen werden. Das Konzept geht jedoch darüber hinaus, indem hier der Versuch unternommen wird, Anforderungen an die Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik zusammenzuführen, die Pflichten des Bundes, der Länder und Kommunen bei der Bekämpfung und Verhinderung von Armut abzustecken und Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns verschiedener sozialer Kräfte und Institute bei der Lösung dieser Aufgabe darzustellen. In diesem Sinne ist das Grundsicherungskonzept nicht auf ein Mehr an



Staat, oder, wie es die CDU auszudrücken pflegt, auf einen totalen Versorgungsstaat, gerichtet, sondern auf ein Mehr an Gesellschaftlichkeit, ein Mehr an Demokratie und Solidarität.

#### Zum Beispiel: Soziale Sicherheit im Alter

Mit der Einheit Deutschlands wurde die historische Chance verpaßt, für die Bundesrepublik ein neues, gerechteres, zukunftsträchtiges Rentenrecht zu schaffen. Keine günstigere Regelung des DDR-Rechts wurde als Anstoß für eine Weiterentwicklung des bundesdeutschen Rentenrechts genutzt. Mit dem Inkrafttreten des Rentenreformgesetzes 1992 und des Rentenüberleitungsgesetzes per 1. Januar 1992 wurde sichtbar, daß das Rentenrecht nicht dazu angetan ist, älteren, behinderten und arbeitsunfähigen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes menschenwürdiges Leben zu sichern. Denn: Das bundesdeutsche Rentenrecht ist fast ausschließlich an Beitragsleistungen im Erwerbsleben ausgerichtet.

Für Frauen in den alten Bundesländern führen — häufig ungewollt — die geringen Zeiten von Erwerbstätigkeit und die ihnen oft nur angebotenen versicherungsrechtlich ungeschützten Arbeitsplätze sowie die unzureichende Anrechnung von Kindererziehung (mit einem Jahr pro Kind) und die Mißachtung von Pflegeleistung an Familienangehörigen zu katastrophalen niedrigen eigenständigen Renten. So erhielten von den älteren Westfrauen per 1. Juli 1992 über 50 Prozent eine Altersrente von unter 600,-DM, 25 Prozent gar unter 300,- DM, bei einem Durchschnitt von 394,- DM. Zwar „repariert“ eine relativ großzügige Witwenregelung (60 Prozent der Rente des Mannes) einiges. Aber: Wenn Frauen im Beruf nicht ausgesprochen Karriere machen, verhindert schon allein das Rentenrecht eine andere Lebensplanung als die Ehe, wenn sie nicht im Alter den entwürdigenden Gang zum Sozialamt antreten wollen.

Durch die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage ist es jedoch auch immer mehr Männern versagt, zu einer vollständigen Erwerbsbiographie zu gelangen, die eine einigermaßen auskömmliche Rente garantiert. Deshalb hat die PDS für ein neues Rentengesetz folgende Prämissen gestellt: — die Verbindung von Lebensarbeitsleistung und Mindestsicherung;

- eine Höherbewertung von Kindererziehungs- und Pflegeleistung zur besseren Alterssicherung von Frauen; und
- eine Rentendynamisierung, die mindestens der Steigerung der Lebenshaltungskosten folgt.

Unser Konzept der Grundsicherung enthält auch eine Grundsicherung in der Rente. Konkret bedeutet das: Jeder Mensch, der wegen Alter und aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nie einer Erwerbstätigkeit nachgehen kann, hat ein Rentenanspruch, differenziert nach den erreichten rentenrechtlichen Zeiten (Beitragszeiten, Zu- und Anrechnungszeiten), mindestens jedoch in Höhe von 50 Prozent des aktuellen durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommens, das sind derzeit rund 1 250 DM. Der PDS geht es bei der Forderung nach einer Grundsicherung in der Rente darum, das bestehende

System der überwiegend arbeitsbezogenen Rente mit einem Mindestbeitrag, der für eine eigenständige Sicherung der Existenz erreicht werden muß, zu ergänzen. Ziel ist, heute massenhafte Altersarmut, die vor allem weiblich ist, abzustellen.

Was wird mit den Renten nach dem Jahr 2010, wenn weniger Junge da sind, die in die Rentenkasse zahlen, und mehr Alte, die etwas bekommen sollen? Der Sachverhalt scheint nur zwei Varianten zuzulassen: Entweder verdoppeln sich dann die Beiträge (1994: 19,2 Prozent, 2010: über 40 Prozent), oder die Renten werden halbiert. Die PDS fragt: Wieso wird beim demographischen Wandel nur nachgedacht, wie die Ausgaben der Rentenkassen anders verteilt werden können, und warum nicht, wie die Einnahmen anders gewonnen werden können? Wenn weniger Erwerbstätige mehr produzieren, gibt es keinen hinreichenden Grund, daß mehr Ältere weniger bekommen sollen. Natürlich gibt es für eine Erhöhung der Beitragssätze und Bemessungsgrenzen objektive Schranken. Warum soll es nicht legitim sein, da die Alterspyramide faktisch auf dem Kopf steht, die Sozialversicherung insofern neu zu konzipieren, daß die Einnahmen auch aus völlig neuen Quellen fließen.

Die öffentliche Diskussion erweckt manchmal den Anschein, als gelte es, ein Naturgesetz zu ergründen; zu ergründen, ob das Jahr 2011 nur eine Grundrente „ausspuckt“ oder mehr. Welche Perspektive die Renten haben, hängt aber wesentlich von der Politik ab — von der Politik zur Arbeitswelt und zur sozialen Gesetzgebung. Norbert Blüm beschwört die Widerstandsfähigkeit seines derzeitigen Rentensystems, weil bei den Renten heute noch nicht zu offensichtlich werden soll, wohin der „Umbau des Sozialsystems“ generell geht: minimale gesetzliche Fürsorge bei maximaler privater Vorsorge. Die PDS will andere Denkrichtungen einbringen. Ein Ausbau des Sozialsystems wäre möglich bei einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums: heute eine Grundsicherung aus Mitteln von Steuerhinterziehung, von Wirtschaftskriminalität, morgen völlig neue Quellen der Finanzierung für die Sicherung eines ausgebauten Sozialsystems.